

Übersetzung per DeepL (nicht redigiert)

Press release

## **Landmark proposals to strengthen free speech at universities**

New Free Speech Champion and registration condition for higher education providers announced.

Der Bildungsminister hat heute (16. Februar) strengere gesetzliche Maßnahmen zur Stärkung der freien Meinungsäußerung und der akademischen Freiheit an den Universitäten in England angekündigt, um unrechtmäßiges "Silencing" auf dem Campus zu unterbinden.

Nach einer steigenden Zahl von Fällen, in denen Einzelpersonen zum Schweigen gebracht wurden, hat der Bildungsminister vor einem "abschreckenden Effekt" gewarnt, wenn Studenten und Mitarbeiter das Gefühl haben, sich nicht frei äußern zu können.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen setzen ein Versprechen aus dem Manifest um und beinhalten eine neue Bedingung zur freien Meinungsäußerung, die Hochschulanbieter erfüllen müssen, um in England registriert zu werden und Zugang zu öffentlichen Geldern zu erhalten. Die Aufsichtsbehörde, das Office for Students, hätte die Befugnis, Sanktionen, einschließlich Geldstrafen, für Verstöße gegen diese Bedingung zu verhängen.

Die verschärften gesetzlichen Pflichten würden sich auch auf Studentenvereinigungen erstrecken, die zum ersten Mal Maßnahmen ergreifen müssten, um sicherzustellen, dass die rechtmäßige freie Meinungsäußerung für ihre Mitglieder und andere, einschließlich Gastrednern, gewährleistet ist.

Darüber hinaus würde eine neue rechtliche Maßnahme es Einzelpersonen ermöglichen, über die Gerichte Schadenersatz zu verlangen, wenn sie infolge einer Verletzung der Pflichten zur freien Meinungsäußerung einen Verlust erleiden - wie z.B. durch Ausschluss, Entlassung oder Degradierung.

Bildungsminister Gavin Williamson sagte:

Die freie Meinungsäußerung untermauert unsere demokratische Gesellschaft, und unsere Universitäten haben eine lange und stolze Geschichte als Orte, an denen Studenten und Wissenschaftler sich frei äußern, Ansichten hinterfragen und einen offenen Geist kultivieren können.

Aber ich bin zutiefst besorgt über die abschreckende Wirkung von inakzeptablem Schweigen und Zensur auf dem Campus. Deshalb müssen wir die freie Meinungsäußerung in der Hochschulbildung stärken, indem wir die bestehenden gesetzlichen Pflichten stärken und sicherstellen, dass strenge, robuste Maßnahmen ergriffen werden, wenn gegen diese verstoßen wird.

Nach den Plänen würde der Bildungsminister auch einen neuen "Free Speech and Academic Freedom Champion" ernennen, der potenzielle Verstöße untersucht, wie z.B. das Verbot von Rednern oder die Entlassung von Akademikern, und die Hochschulanbieter wären gesetzlich verpflichtet, die freie Meinungsäußerung aktiv zu fördern.

Der neue Champion würde in den Vorstand des Office for Students berufen und wäre in der Lage, potenzielle Verstöße gegen die neue Registrierungsbedingung zur Redefreiheit und akademischen Freiheit in der Hochschulbildung zu untersuchen. Die Registrierungsbedingung würde mit verstärkten gesetzlichen Pflichten zur freien Meinungsäußerung und akademischen Freiheit zusammenarbeiten, und der Champion wäre auch in der Lage, dem Office for Students die Verhängung von Bußgeldern zu empfehlen.

Das Strategiepapier enthält auch Erwartungen der Regierung, die über die gesetzlichen Mindestpflichten hinausgehen und darlegen, was Universitäten anstreben sollten.

Die Regierung wird weiterhin gemeinsam mit dem Sektor an Leitlinien und weiteren Untersuchungen arbeiten, und die nächsten Schritte für die Gesetzgebung werden zu gegebener Zeit festgelegt werden.

Tom Simpson, Associate Fellow bei Policy Exchange und außerordentlicher Professor für Philosophie und öffentliche Politik an der Blavatnik School of Government der Universität Oxford, sagte:

Dieses Strategiepapier des Bildungsministeriums ist ein sehr willkommener

Schritt, um sicherzustellen, dass die Meinungsvielfalt an britischen Universitäten geschützt wird.

Wie die jüngste Abstimmung im Senat der Universität Cambridge zeigt, gibt es eine deutliche Mehrheit von Akademikern, die die akademische Freiheit befürworten. Das Problem ist, wie die Forschung von Policy Exchange untersucht hat, dass eine Online-Kultur es den Ansichten einer Minderheit erlaubt, einen unverhältnismäßigen Einfluss auf die Verwaltung auszuüben und eine abschreckende Wirkung auf andere Akademiker auszuüben. Die Förderung einer Norm der politischen Nicht-Diskriminierung und der Anreiz für Administratoren, das zu tun, wozu sie bereits gesetzlich verpflichtet sind, ist ein entscheidender Schritt, um eine Kultur des freien Diskurses an unseren Universitäten zu gewährleisten.